

Nachtrag I zum Polizeireglement vom 16. November 2004¹

vom 16. November 2010

I.	Das Polizeireglement vom 16. November 2004 ¹ wird wie folgt geändert:
Wegweisung und Fernhaltung	Art. 4 Aufgehoben
Vermummungsverbot	Art. 5 Aufgehoben
Bettelverbot	Art. 5bis (neu) Das Betteln ist verboten.
Gesteigerter Gemeingebrauch/ Sondernutzung des öffentlichen Grundes	Art. 8

III.bis Öffentliche Veranstaltungen auf privatem Grund (neu)

Schutzzweck	Art. 12bis ¹ Öffentliche Veranstaltungen auf privatem Grund dürfen die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefährden oder stören, insbesondere a) keine gesundheitsgefährdenden Auswirkungen haben; b) die Nachbarschaft nicht übermässig belästigen; c) den Verkehr nicht beeinträchtigen; d) das sittliche oder religiöse Empfinden nicht verletzen. ² Die Jugendschutzvorschriften sind einzuhalten. Jugendlichen unter 16 Jahren ist der Zutritt zu Striptease- und ähnlichen Veranstaltungen zu verwehren. ³ Öffentlich ist eine Veranstaltung, wenn sie nicht nur einem bestimmten, eng umgrenzten Personenkreis offen steht.
Bewilligungspflicht	Art. 12ter Bewilligungspflichtig ist eine öffentliche Veranstaltung auf privatem Grund, a) in einem Gastwirtschaftsbetrieb, wenn die Veranstaltung nicht von der Patentinhaberin oder dem Patentinhaber selbst durchgeführt wird ² ;

¹ sRS 412.11

² vgl. Art. 20 Abs. 3 Gastwirtschaftsgesetz (sGS 553.1)

- b) wenn die Veranstaltung insbesondere inhaltlich, räumlich oder zeitlich von der baurechtlich bewilligten Nutzung abweicht und voraussichtlich mehr als 300 Personen teilnehmen werden. Bau- und feuerpolizeiliche Personenbeschränkungen bleiben vorbehalten.

IV. Verfahren, Kosten, Busse

Zuständige Behörde	<p>Art. 14</p> <p>¹ Soweit dieses Reglement nichts anderes bestimmt, ist die Stadtpolizei zuständige Behörde.</p> <p>² Aufgehoben</p> <p>³ Aufgehoben</p> <p>⁴ Aufgehoben</p>
Bewilligungsgesuch	<p>Art. 14bis (neu)</p> <p>Das Gesuch um Bewilligung ist frühzeitig vor Ausübung der Tätigkeit oder Durchführung der Veranstaltung und unter Angabe der verantwortlichen Person schriftlich einzureichen.</p>
Bewilligungserteilung	<p>Art. 14ter (neu)</p> <p>¹ Die Bewilligung bezeichnet die verantwortliche Person. Sie muss Gewähr für ordnungsgemässe Abläufe bieten.</p> <p>² Die Erteilung der Bewilligung kann befristet sowie mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden.</p> <p>³ Können Besucherinnen und Besucher oder Dritte geschädigt werden, muss eine ausreichende Haftpflichtversicherung abgeschlossen werden. Die Behörde bestimmt die Höhe der minimalen Deckungssumme der Haftpflichtversicherung nach dem Gefährdungspotenzial. Sie entscheidet auf der Grundlage der im Anhang 3 der Verordnung über das Gewerbe der Reisenden¹ aufgeführten Deckungssummen für die Betriebshaftpflicht der Schaustellerinnen und Schausteller und Zirkusse und der Einschätzung der Versicherungsgesellschaften zur Angemessenheit der Deckungssummen.</p>
Bewilligungsentzug	<p>Art. 14quater (neu)</p> <p>Die Bewilligung wird entzogen, wenn die Voraussetzungen für die Erteilung nicht mehr gegeben sind oder wenn Auflagen nicht eingehalten werden.</p>
Kosten und Gebühren	<p>Art. 14quingies (neu)</p> <p>¹ Wer polizeiliche Massnahmen verursacht, kann zum Ersatz der Kosten verpflichtet werden.</p> <p>² Die Erteilung und der Entzug der Bewilligung sind</p>

¹ vgl. SR 943.1

gebührenpflichtig.

³ Der Stadtrat regelt Einzelheiten in einem Tarif.

II. Referendum und Inkrafttreten Dieser Nachtrag untersteht dem fakultativen Referendum. Der Stadtrat bestimmt das Inkrafttreten.

St.Gallen, 16. November 2010

Im Namen des Stadtparlaments

Der Präsident:

Franz Fässler

Der Ratssekretär:

Manfred Linke

